



**DU VERDIENST  
MEHR!**  
WIR BRINGEN MEHR.

**BUNDESWAHL-  
PROGRAMM**

**JUNOS**  
SCHÜLER:INNEN.

# Inhaltsverzeichnis

|  |           |
|--|-----------|
| <b>Präambel</b>  | <b>1</b>  |
| <b>Freiheit</b>  | <b>2</b>  |
| <i>Freiheit für Schüler:innen</i>                              | 2         |
| <i>Individueller Bildungsweg</i>                               | 3         |
| <i>Schulautonomie</i>  | 4         |
| <i>Stärkung des SGA und der Direktionen</i>                    | 5         |
| <i>Bildungsservice statt Bildungsdirektionen</i>               | 6         |
| <i>Durch Wettbewerb Schulen klimafit machen</i>                | 7         |
| <i>Freie Fächerwahl bei HTL-Matura</i>                         | 8         |
| <i>Sinnvolle Unterrichtszeit statt starrer Supplierstunden</i> | 8         |
| <i>Individuelle Wege: Die Diplomarbeit neu denken</i>          | 9         |
| <b>Chancengerechtigkeit</b>                                    | <b>9</b>  |
| <i>Gemeinsame Schule mit innerer Differenzierung</i>           | 10        |
| <i>Ganztagsschule</i>  | 10        |
| <i>Finanzierung durch Bildungsschecks</i>                      | 11        |
| <i>Mentale Gesundheit</i>                                      | 12        |
| <i>Gleichberechtigung</i>                                      | 13        |
| <i>Gewalt und Diskriminierungsschutz</i>                       | 14        |
| <i>Integration als Chancenmotor</i>                            | 15        |
| <i>Förderungen für jede:n</i>                                  | 18        |
| <b>Mündigkeit</b>  | <b>19</b> |
| <i>Zentrale Mittlere Reife</i>                                 | 19        |
| <i>Matura</i>  | 20        |
| <i>Politische Mündigkeit</i>                                   | 20        |
| <i>Wirtschaftliche Mündigkeit</i>                              | 21        |
| <i>Religiöse Mündigkeit</i>                                    | 22        |
| <i>Digitale Mündigkeit</i>                                     | 23        |
| <i>Sexuelle Mündigkeit</i>                                     | 24        |
| <i>Mündige Drogenaufklärung</i>                                | 25        |

|   |           |
|---|-----------|
| <i>Praxisnaher Unterricht</i>                   | 25        |
| <b>Demokratie und Transparenz</b>               | <b>25</b> |
| <i>Allgemeines Wahlrecht für die LSV-Wahlen</i> | 26        |
| <i>Aufwertung des Ö-SiP</i>                     | 27        |
| <i>Schulinterne Schüler:innenbeteiligung</i>    | 28        |
| <i>Kontrolle in der Schüler:innenpolitik</i>    | 28        |
| <i>Schulvergleiche ermöglichen</i>              | 29        |
| <i>Anonymisiertes Lehrer:innenfeedback</i>      | 29        |
| <i>Transparente Leistungsbeurteilung</i>        | 30        |
| <i>Gläsernes Budget</i>                         | 30        |

# Präambel

JUNOS Schüler:innen ist kein Selbstzweck.

Uns geht es nicht darum, die meisten Freunde zu finden oder die größten Partys zu veranstalten. Wir JUNOS Schüler:innen stellen die Schüler:innen in den Mittelpunkt. Denn sie haben eine Schule verdient, in der Freiheit, Mitbestimmung und Eigenverantwortung gelebt werden. Wir wollen eine Schule, in der Talente und Potenziale aller Schüler:innen bestmöglich gefördert und gefordert werden.

JUNOS Schüler:innen steht für Freiheit, Chancengerechtigkeit, Mündigkeit, Demokratie und Transparenz.

Das ist unser Gründungsversprechen: Wir treten zur Wahl an, weil wir mehr sind als nur eine weitere Schüler:innenorganisation. Wir treten an, weil wir an eine bessere Zukunft für alle Schüler:innen glauben. Weil wir daran glauben, dass Schule allen Menschen ein Leben in Freiheit ermöglichen soll. Weil das aktuelle System diesem Anspruch nicht gerecht wird.

Dieses Bundeswahlprogramm zeigt, wie diese Veränderung gelingen kann: Es ist unsere Vision der Schule von morgen. Dafür arbeiten wir, dafür kämpfen wir jeden Tag.

Veränderung passiert nicht von selbst. Aber sie passiert, wenn man sie einfordert. In den vergangenen Jahren haben wir gezeigt, dass wir Bewegung in die Landesschüler:innenvertretungen bringen können. Diese Veränderung wollen wir fortsetzen!

Jetzt bist du dran!

Du kannst mit JUNOS Schüler:innen endlich Bewegung in die Landesschüler:innenvertretung bringen! Du kannst Zukunft gestalten!

# Freiheit

Unsere Vision ist eine Schule der Freiheit. Um das Beste aus unserem Bildungssystem herauszuholen, braucht es Autonomie und Gestaltungsfreiraum. Diese Freiheit braucht es sowohl für die Schüler:innen selbst als auch für den Schulstandort. Die Schule vor Ort weiß nicht nur am besten, was sie braucht, sondern auch, was sie sein will. So kann das österreichische Bildungssystem vielfältiger werden, um sich an die Bedürfnisse der Schüler:innen anpassen zu können. Um diese Individualität zu gewährleisten, muss echte Schulautonomie ermöglicht werden.

## Freiheit für Schüler:innen

Schüler:innen werden in ein jahrzehntealtes Korsett an Fächern gepresst, ohne dabei eine Möglichkeit zu haben, ihre individuellen Stärken wirklich zu fördern. Es gibt zwar gewisse Grundfähigkeiten, welche alle Schüler:innen besitzen sollten, aber dieses Mindestmaß spiegelt sich mit Sicherheit nicht in dem heutigen Ausmaß an vorgeschriebenen Stunden wider. Wenn Schüler:innen nach der Schule selbstständige Personen sein sollen, muss man ihnen schon in der Schule Verantwortung zutrauen.

Wir fordern die Einführung eines modularen Systems mit Grundkursen, die jede:r Schüler:in absolviert und darauf aufbauend frei wählbare Fächer. In diesem Zusammenhang sprechen wir uns auch für die Reduktion ineffizienter Pflichtstunden zugunsten individualisierter Lerneinheiten aus. Schüler:innen müssen nicht zwingend in dieselbe Schulstufe gehen und dasselbe Alter haben, um einen gewissen Unterricht zu besuchen.

Wir fordern, dass Schüler:innen vermehrt Aufgaben selbstständig und eigenverantwortlich abseits des starren Frontalunterrichts erledigen. Besonders wichtig sind hier Gruppenarbeiten, um Teamfähigkeit und Organisation besser zu erlernen.

Allen Schüler:innen soll zudem eine adaptive Lernplattform für den Schulalltag zur Verfügung gestellt werden, welche individuelle Lernpfade ermöglicht und Schüler:innen in ihrem eigenen Tempo fördert und fordert.

Wir fordern, dass Schüler:innen in der Oberstufe ab einer gewissen Leistung vom Unterricht fernbleiben dürfen, um ihnen mehr Freiheit zu geben, und Ressourcen für die Unterstützung leistungsschwacher Schüler:innen freizumachen.

Wir fordern, dass es Schüler:innen leichter gemacht wird, eigene Clubs zu Themen ihrer Wahl zu gründen. Diese Clubs sollen auch die Möglichkeit haben, von der Schule und vom Bildungsministerium finanziell unterstützt zu werden. Clubs soll die Möglichkeit gegeben werden, bundesweit zu agieren und sich mit anderen Schulen zusammenzuschließen.

Wir fordern, dass Schüler:innen vermehrt dabei unterstützt werden an Austauschprogrammen wie Erasmus+ teilzunehmen. Durch solche Auslandsaufenthalte werden sowohl Vielfalt, Inklusion und das Lernen von Sprachen gefördert. Schüler:innen und Lehrkräfte sollten verstärkt über das bestehende Angebot informiert werden. Zusätzlich gilt es ökonomisch schwächere Schüler:innen bei einem solchen Aufenthalt finanziell zu unterstützen.

Wir fordern, dass jeder:m Schüler:in die Freiheit gegeben wird, im Unterricht digital mitzuarbeiten. Analoge Unterrichtsmaterialien müssen dafür auch in digitaler Form zur Verfügung gestellt werden.

## **Individueller Bildungsweg**

Oftmals wird der Bildungsweg für Schüler:innen vorgegeben und Wahlmöglichkeiten sind sehr eingeschränkt. Es muss klar sein, dass es nicht den einen richtigen Bildungsweg gibt.

Wir fordern, dass Berufsorientierung als Pflichtfach in der Sekundarstufe I eingeführt wird. Dabei soll ein umfangreicher Überblick über die Möglichkeiten nach der Sekundarstufe I, wie etwa eine Lehre, gegeben werden.

Wir fordern, dass im Rahmen der Berufsorientierung in Sekundarstufe II den Schüler:innen alle ihre Möglichkeiten aufgezeigt werden, damit sie so eine mündige Entscheidung treffen können.

Wir fordern Kooperationen mit Unternehmen, NGOs und Hochschulen, um reale Erfahrungen und Inspiration in die Schule zu bringen.

## **Schulautonomie**

Schulautonomie ist das Herzstück eines liberalen Bildungssystems. Die Entscheidungskompetenz über Bildung soll dort liegen, wo diese auch stattfindet: an den Schulen selbst. Das Bildungsministerium beschränkt sich darauf, den Rahmen des Bildungssystems festzulegen und die Bereitstellung von Ressourcen durch eine Finanzierung, welche direkt den individuellen Schüler:innen folgt, sicherzustellen. Damit tragen wir die Geburtssünde des österreichischen Bildungssystems zu Grabe: die vollkommen verrückte Abhängigkeit von Top-down-Entscheidungen, die jegliche Innovation im Keim erstickt. Wir wollen kein starkes Bildungsministerium, das über alle Schulen regiert, sondern starke Schulen, die sich an die individuellen Bedürfnisse ihrer Schüler:innen anpassen.

Wir fordern, dass den einzelnen Schulen volle Personalhoheit zugestanden wird. Ein objektivierbares und anonymisiertes Rahmenverfahren soll hierfür herangezogen werden, um gegen subjektive Wahrnehmungen im Einstellungsprozess vorzugehen.

Wir fordern, dass Schulen autonom die Möglichkeit haben, ihre eigenen Wege bei der Lehre zu gehen. Solange auf das gemeinsame Ziel der Zentralmatura und der Mittleren Reife hingearbeitet wird, soll jeder Standort die Möglichkeit bekommen, die Fächerstruktur aufzubrechen und Neueinteilungen vorzunehmen. Des Weiteren

sollen auch die verwendeten Schulbücher aus einem Pool an zertifizierten Anbietern frei gewählt werden dürfen.

Wir fordern, dass Schulen volle Autonomie über ihr Budget erhalten. In diesem Zusammenhang sollen Schulen auch nicht mehr an bundesweite Vorgaben zur Vergabe von Dienstleistungen gebunden sein.

Wir fordern die Aufkündigung sämtlicher bildungsrelevanter Verträge mit Dritten, welche Schulen zu religiösen Praktiken oder religiösem Unterricht verpflichten.

## **Stärkung des SGA und der Direktionen**

Der Schulgemeinschaftsausschuss (SGA) und die Direktionen sind die bestimmenden Instanzen bei der Ausgestaltung eines autonomen Schulsystems. Der SGA soll künftig vorgeben, wie sich die Schule entwickeln soll. Dazu braucht es auch gestärkte Kompetenzen der Mitglieder des SGA durch zusätzliche Ausbildungen, um qualitativ hochwertige Entscheidungen zu ermöglichen.

Wir fordern, dass die Schüler:innenvertreter:innen und der SGA bei Bewerbungsverfahren von Lehrkräften und Direktor:innen involviert sind, nach verpflichtender Aufklärung über den Prozess einer Bewerbung und genug Informationen sowie Aufklärung über das Tätigkeitsprofil der gesuchten Position.

Wir fordern, dass die Entscheidung über neue Fächerstrukturen ebenfalls beim SGA liegen soll. Hierzu braucht es Aufklärung über die Ziele der neuen Fächerstruktur durch die Direktion.

Gerade im Rahmen eines echten schulautonomen Systems dürfen die Schulen nicht zu abgeschotteten Burgen werden. Zusammenarbeit ist hier essenziell. Das Modell des Schulclusters empfiehlt sich hier besonders.

Wir fordern, dass sich Schulcluster bilden können. Dabei handelt es sich um eine enge Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Standorten, die dazu führt, dass Schüler:innen einen Teil des Unterrichts in einer anderen Partnerschule erfahren können. Ein solcher Cluster sollte nur der Genehmigung der beteiligten SGAs bedürfen.

Oft haben Direktor:innen fast schon eine unabsetzbare Position, an die sie oft durch gute Kontakte anstatt guter Fähigkeiten gelangt sind.

Direktionen dürfen aber nicht mehr länger nach Parteifarbe und guten Beziehungen vergeben werden. In den Vordergrund müssen Kompetenz und Engagement gestellt werden. Wir wollen Direktor:innen zu echten Managerinnen machen, um die bestmöglichen Bedingungen für die Entwicklung der Schulen zu schaffen.

Wir fordern daher eine anonymisierte und objektivierte Rekrutierung professioneller Direktor:innen.

Wir fordern mehr Aus- und Weiterbildungsprogramme für Direktor:innen, um eine qualitative Schulleitung zu gewährleisten.

Wir fordern, dass die Direktion alle fünf Jahre vom SGA mit einer  $\frac{2}{3}$  Mehrheit bestätigt werden muss. Für eine einmalige Verlängerung des Mandats soll eine einfache Mehrheit reichen.

## ***Bildungsservice statt Bildungsdirektion***

Die Bildungsdirektionen sind derzeit mit sehr viel Macht ausgestattet. Sie vollziehen das gesamte Schulrecht in ihrem Bundesland, vollziehen also zum Beispiel das Dienstrecht gegenüber dem Lehrkörper und den Direktor:innen. Viel zu oft liegt es an der viel zu politisierten Bildungsdirektion, die Schulen zu kontrollieren - oder vielmehr einzuschränken. Ein echtes und mutiges Autonomiepaket würde ihnen diese Kompetenzen nehmen. Wir wollen sie von einem Kontrollorgan zu einem Serviceorgan machen.

Wir fordern, dass die neuen Bildungsservices mit einem breiten Fortbildungsangebot für Lehrkräfte, Direktionen und SGA-Mitglieder den Schulen unter die Arme greifen. Sie sollen dabei neuartige pädagogische Konzepte weiterreichen und unter den betroffenen Stakeholder:innen verbreiten.

Wir fordern, dass die neuen Bildungsservices auch über ein Budget verfügen, um innovative Projekte an Schulen zu fördern. Hierbei gilt es vor allem, bestehende Erfolgsbeispiele heranzuziehen und dabei mitzuhelfen, sie in weiteren Schulen zu implementieren. Dadurch können die neuen Bildungsservices zu wirkmächtigen Innovationstreibern im österreichischen Bildungssystem werden - und neben mehr Wettbewerb und Autonomie einen zentralen Platz in einem leistungsfähigeren System einnehmen.

Wir fordern die Schaffung eines neuen, schlanken Bildungs-Think-Tanks, welcher Handlungsempfehlungen für Schulen und Gesetzgeber auf Basis neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse erarbeiten soll, sodass Schulen ihre Schulautonomie effektiv ausgestalten können.

## ***Durch Wettbewerb Schulen klimafit machen***

Der Klimawandel ist eine historische Herausforderung. Auch das österreichische Schulsystem muss sich ihr stellen. Eine effiziente Ökologisierung kann aber nur funktionieren, wenn man alle Akteur:innen rund um die Schule einbindet und die Schule ganzheitlich betrachtet. Wir wollen hier nicht auf Symbolpolitik oder zentrale Vorgaben setzen, sondern die lokale Kreativität der Schulstandorte entfesseln.

Wir fordern ein Belohnungssystem: Schulen, die ihre Emissionen besonders stark senken konnten, werden dafür finanziell belohnt. Zugleich sollen die Schulen mit den höchsten Emissionen direkt von Expert:innen des Bildungsministeriums dabei unterstützt werden, ihre Emissionen nachhaltig zu senken.

## **Freie Fächerwahl bei HTL-Matura**

Die Matura soll Chancen eröffnen und nicht einschränken. Aktuell wird in HTLs das mündliche Prüfungsfach im Schwerpunktbereich häufig zugeteilt, anstatt den Schülerinnen eine Wahl zu ermöglichen. Dadurch können viele ihre Stärken nicht gezielt einsetzen und müssen in einem Bereich antreten, der nicht zu ihren Interessen oder Zukunftsplänen passt. Wir fordern daher, dass Schülerinnen ihr Schwerpunktfach für die mündliche Matura aus einem klar definierten Fächerpool selbst wählen können. Das stärkt die Eigenverantwortung, die persönliche Freiheit und die Zukunftsorientierung. Gleichzeitig erhöht es die Motivation und ermöglicht es, das eigene Können bestmöglich zu zeigen. So wird die Matura besser an individuelle Bildungs- und Berufswege angepasst.

Wir fordern daher, dass die Schulleitung jeder HTL festlegt, welche Fächer bzw. Fächerkombinationen als Schwerpunkt gelten. Diese werden zu Schuljahresbeginn veröffentlicht.

Wir fordern daher das Recht der Schülerinnen, ihr Prüfungsfach im Gebiet der Schwerpunktfächer aus der bereitgestellten Liste frei zu wählen.

## **Sinnvolle Unterrichtszeit statt starrer Supplierstunden**

BMHS-Schüler:innen haben bereits ein immens hohes Stundenpensum. Dennoch wird derzeit fast jede entfallene Stunde suppliert – oft von Lehrpersonen, die die Klasse gar nicht kennen oder aus völlig anderen Fachbereichen kommen. Diese Stunden werden dann häufig nur abgesehen und bringen den Schüler:innen keinen echten Mehrwert. Eine Reduktion sinnloser Supplierstunden zugunsten von eigenverantwortlichem Lernen erhöht die Effizienz, reduziert unnötige Belastung und sorgt für eine deutlich bessere Nutzung der wertvollen Unterrichtszeit.

Wir fordern eine drastische Reduktion von Supplierstunden durch klassen- oder fachfremde Lehrpersonen, um die unnötige Belastung der Schüler:innen zu reduzieren.

Wir fordern klare Regelungen, wann Supplierstunden wirklich sinnvoll sind und wann Schüler:innen stattdessen eigenverantwortlich lernen oder entlastet werden dürfen.

## **Individuelle Wege: Die Diplomarbeit neu denken**

Die Diplomarbeit bietet bereits heute gute Möglichkeiten für praxisnahe Projekte, etwa in direkter Zusammenarbeit mit Unternehmen. Dennoch ist das aktuelle Format insgesamt noch zu starr und lässt viel zu wenig Raum für unterschiedliche Stärken und Arbeitsweisen. Das Ziel muss eine Abschlussarbeit sein, die individuelle Stärken wesentlich besser widerspiegelt, unterschiedliche Talente gezielt fördert und die Vielfalt der Fähigkeiten an BMHS sichtbar macht. Dazu braucht es eine Erweiterung der Diplomarbeit um zusätzliche, flexible Modelle. Neben klassischen Projekten könnten in Zukunft beispielsweise die Entwicklung eines eigenen Start-up-Konzepts (inkl. Businessplan), die Erstellung eines technischen Produkts oder digitalen Tools (mit Fokus auf Umsetzung statt Theorie), die Durchführung einer Studie mit realem Nutzen oder die Kombination aus praktischer Arbeit und einem Pitch/Live-Demonstration ermöglicht werden.

Wir fordern, dass das Bildungsministerium aktiv alternative Modelle zur bestehenden BMHS-Diplomarbeit entwickelt, diese wissenschaftlich evaluiert und in Pilotprojekten erprobt.

## **Chancengerechtigkeit**

Für uns ist klar: Niemand soll aufgrund der Herkunft in der eigenen Zukunft eingeschränkt werden. Hier spielt die Schule eine zentrale Rolle. Sie muss allen Schüler:innen die Chancen bieten, um ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Solange sie diese fundamentale Anforderung nicht erfüllen kann, reproduziert sie immer neue Ungerechtigkeiten.

## Die gemeinsame Schule mit innerer Differenzierung

Das österreichische Schulsystem ist heute leider ein Zwei-Klassen-System. Mit dem Ende der Volksschule werden die Schüler:innen aufgeteilt. Dieser Zeitpunkt der Trennung ist unseres Erachtens viel zu früh. Um diese viel zu frühe und strikte Trennung zu entschärfen, braucht es die gemeinsame Schule mit innerer Differenzierung in der Sekundarstufe I.

Ein gewisser Teil der Stunden geschieht in der großen Gruppe, der Klasse, und ein weiterer, bestenfalls sogar größerer Teil der Stunden wird in Kleingruppen absolviert.

Die Stunden in der Klasse dienen als Grundstock der Wissensvermittlung und stellen ein verbindliches Niveau dar, das alle Schüler:innen beherrschen sollen.

Die Vertiefung bzw. Erweiterung der Inhalte geschieht in den Kleingruppen, in denen es auch möglich sein soll, je nach Interesse der Schüler:innen weiterzuarbeiten. Auch das Aufholen von Rückständen und Lerndefiziten ist im Rahmen der Lerngruppen möglich. In diesem Zusammenhang ist zu betonen, dass der Grundsatz von so viel Schulautonomie wie möglich und so wenig Zentralisierung wie nötig gelten soll.

## Ganztagschule

Für uns heißt Chancengerechtigkeit auch, dass der Bildungsgrad nicht von dem der Erziehungsberechtigten abhängt. In einem chancengerechten Bildungssystem soll die Ausbildung der Erziehungsberechtigten genau so wenig eine Rolle spielen wie deren finanzielle Ressourcen.

Wir fordern daher die flächendeckende Einführung der Ganztagschule in Österreich. Diese soll absolut kostenfrei sein. Eine Ganztagschule muss jedoch auch auf die Bedürfnisse der Schüler:innen eingehen, und mehr als eine reine Betreuungsstätte sein.

Eine Schule ist nur dann gut, wenn die Schüler:innen sie nicht als Zwang und Einengung erleben. Deshalb dürfen die Schüler:innen nicht zu stundenlangen Frontalunterricht gezwungen werden.

Wir fordern daher ein verpflichtendes Nachmittagsangebot zur Förderung von Life Skills: Kreativität, unternehmerisches Denken, Projektarbeit, Finanzbildung, soziales Engagement und mehr sollen gelehrt werden. Bei diesem Nachmittagsangebot soll das Prinzip der Wahlfreiheit und Mitbestimmung für Schüler:innen gelten.

## **Finanzierung durch Bildungsschecks**

Schulen müssen ein Interesse daran haben, Schüler:innen von ihren Leistungen zu überzeugen. Sich stetig zu verbessern, Neues umzusetzen und Vorreiterrollen einzunehmen, muss zur Aufgabe einer jeden Schule werden und soll gewährleisten, dass wir Bildungsstätten, statt Betreuungsstätten schaffen. Es braucht den Wettbewerb zwischen den Schulen, um die besten Ideen hervorzubringen und das geht nur über das Prinzip von Angebot und Nachfrage.

Wir fordern, dass jeder Mensch zwischen dem 2. und dem 20. Lebensjahr (bis zur vollendeten Volljährigkeit via seinen Erziehungsberechtigten, darüber hinaus direkt selbst) einen Bildungsscheck erhält. Dieser kann in jeder Bildungseinrichtung eingelöst werden. Dabei sind sowohl private als auch öffentliche Träger inkludiert. Anteilig soll jene Summe des Schulbudgets geteilt durch die Anzahl der Schüler:innen die Höhe der Schecks ausmachen.

Hierbei gilt es das Bildungsbudget grundsätzlich auf 6,5% des BIP zu erhöhen.

Wir fordern, dass Schüler:innen mit mehr Förderbedarf, sprich jene mit zum Beispiel nicht-deutscher Muttersprache oder solchen aus bildungsferneren Familien, anteilig einen höheren Bildungsscheck ausgezahlt bekommen.

Mit diesen Einnahmen können Schulen innovative Projekte, Personal und Einzelmaßnahmen für eine chancengerechte Schule bereitstellen. Gleichzeitig führt diese Maßnahme dazu, dass Schulen keine direkten Nachteile dadurch erleiden, wenn sie Schüler:innen mit mehr Förderbedarf unterrichten. Das führt wiederum zu einer erhöhten sozialen Durchmischung. Auch können einzelne Standorte mit erhöhtem Bedarf besonderes Know-How in dem Bereich aufbauen und praxisorientiert Vorreiterpositionen einnehmen.

## **Mentale Gesundheit**

Die Schule ist der prägendste Ort im Sozialisierungsprozess aller Kinder und Jugendlichen. Und dennoch wird die mentale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen hier zu stark vernachlässigt. Es ist daher wichtig, das zu ändern. Kindern und Jugendlichen muss hier gelehrt werden, sich selbst zu helfen bzw. Hilfe zu holen.

Der wohl wichtigste Schritt, um die Basis für diese “mentale Mündigkeit” zu legen ist die Enttabuisierung des Themas. Um dies zu gewährleisten ist die aktive Behandlung dieses Themas im Unterricht unumgänglich, damit wir über unsere Psyche gut aufgeklärt werden.

Wir fordern die verpflichtende Aufnahme von mentaler Gesundheit und psychischen Probleme in den Lehrplan der Sekundarstufe II. In diesem Fach soll insbesondere auf Selbsthilfetechniken und auf die gängigen Anlaufstellen eingegangen werden.

Um kleine Probleme rasch aus der Welt zu schaffen, wollen wir das Modell der Peer-Mediation propagieren. Hierbei handelt es sich um ein Modell, bei dem ältere Schüler:innen eine Ausbildung erhalten, um jüngere Kinder in schwierigen Situationen zu unterstützen. Zusätzlich wollen wir Lehrkräfte bereits im Rahmen ihres Studiums zu sogenannten “Vertrauenslehrkräften” ausbilden. Sie können damit wichtige Ansprechpartner:innen für Schüler:innen sein und entlasten gleichzeitig Schulpsycholog:innen.

Wir fordern Peer-Mediations-Modelle an allen Schulen. Diese Peers an Schulen sollen zumindest einen Workshop zu Mental-Health besuchen, um auch auf Schüler:innen Ebene eine effektive Prävention zu bieten.

Wir fordern die Einführung einer Ausbildung zu Vertrauenslehrkräften für Lehramtsstudierende. Hierbei soll darauf geachtet werden, dass diese Vertrauenslehrkräfte gerecht (gekoppelt an die jeweilige Schüler:innenanzahl) auf alle Schulen aufgeteilt werden.

Langfristig ist es unfassbar wichtig mehr Ausbildungsplätze im psychologischen Bereich zu schaffen, um nachhaltig helfen zu können. Das langfristige Ziel sollen nämlich Routineuntersuchungen für alle sein. Zusätzlich können Workshops von externen Organisationen hier auch eine wichtige Rolle spielen. Doch auch bei vielen Erziehungsberechtigten fehlt es an Aufklärung.

Wir fordern regelmäßige Einheiten mit Schulpsycholog:innen, um zu gewährleisten, dass sich Kinder und Jugendliche ihrer eigenen Situation bezüglich mentaler Gesundheit bewusst sind. Außerdem sollte jedem:r Schüler:in möglich sein, vertraulich und unkompliziert einen Termin mit diesen Personen auszumachen. Zusätzlich sollten alle Schulpsychologen verpflichtend an den Schulen vorgestellt werden, zum Beispiel in Form eines Videos oder persönlichen Gesprächs.

Wir fordern ein vermehrtes Angebot von Projekten und Workshops unter Einbindung von Schüler:innen um über die psychische Gesundheit aufzuklären und Hilfeangebote vertraut zu machen. Auch sollten die Erziehungsberechtigten besser aufgeklärt werden, um diese mehr in die psychische Gesundheit ihrer Kinder einzubeziehen.

## **Gleichberechtigung in der Schule**

Bildung als Motor für gesellschaftliche Entwicklung spielt eine bedeutsame Rolle – nur wenn bereits Kinder für Gleichberechtigung sensibilisiert werden, frei von Stereotypen und Geschlechterklischees sowie ohne Tabus aufwachsen, kann das Ziel einer gleichberechtigten Gesellschaft erreicht werden.

Wir fordern also, dass das didaktische Prinzip der Geschlechtssensibilität vermehrt im Lehramtsstudium thematisiert wird und durch Fortbildungen zunehmend Einzug in österreichische Klassenzimmern erhält. Dabei spielt die Thematisierung von "Rolemodels" und die bessere Sichtbarkeit von Frauen in MINT-Berufen, sowie in Führungspositionen, eine zentrale Rolle.

Wir fordern Aufklärung im Unterricht über geschlechtsspezifische Rollenbilder und für gesellschaftlich geprägte Erwartungen an verschiedene Geschlechter. Außerdem sprechen wir uns für eine grundsätzliche Verankerung der Geschichte des Feminismus im Lehrplan und eine gleichberechtigte Darstellung beider Geschlechter in der Geschichte aus.

Wir fordern, dass im Sportunterricht anstatt auf Geschlechtertrennung, wenn sinnvoll und bei Bedarf, auf Trennung nach erreichten Leistungen gesetzt werden soll.

Wir fordern ein Verbot von geschlechterspezifischen Kleidungs Vorschriften.

## **Gewalt- und Diskriminierungsschutz**

Gewalttaten gegen Frauen, Mädchen und queere Personen sind keine Einzelschicksale, sondern ein strukturelles Problem. Genauso können wir nicht länger akzeptieren, dass Schüler:innen aufgrund ihrer Herkunft oder Religion diskriminiert werden. Es braucht also ein umfassendes Konzept gegen jede Art von Gewalt und Diskriminierung als festen Bestandteil des Schulsystems.

Wir fordern, dass Lehrkräfte verpflichtend in Deeskalationsstrategien geschult werden, um professionell auf Konfliktsituationen reagieren zu können. Bestandteil dieser Schulungen soll auch das Erkennen von Warnsignalen häuslicher Gewalt sein.

Wir fordern den Aufbau von Awareness-Teams, um präventiv und unterstützend auf problematische Entwicklungen reagieren zu können. Auch die Kooperation mit externen Partner:innen, wie etwa Organisationen, die Menschen nach Gewalterfahrungen professionell unterstützen, ist ein zentraler Baustein, um betroffenen Schüler:innen umfassende Hilfe und Schutz bieten zu können.

Wir fordern, dass Schüler:innen, die wiederholt durch sexistische, oder sonstige diskriminierende Taten auffällig werden, verpflichtend und auf eigene Kosten einen Workshop zu diesem Thema besuchen müssen.

Wir fordern, dass Erziehungsberechtigte aktiv in die schulischen Präventionskonzepte eingebunden werden, um eine nachhaltige Wirkung über das Schulumfeld hinaus zu erzielen.

Wir fordern, dass das Religionsbekenntnis von Schüler:innen weder der Schulleitung noch sonstigen staatlichen oder schulischen Organen bekannt gegeben werden muss.

Wir fordern, dass Schüler:innen Informationen darüber erhalten, wo sie Diskriminierung seitens Lehrer:innen melden können. Sollte es keine Meldestelle geben, soll eine geschaffen werden.

## ***Integration als Chancenmotor***

Ein funktionierendes Zusammenleben kann nur zustande kommen, wenn Integrationsmaßnahmen nicht von oben herab vorgeschrieben werden. In diesem Sinne setzen wir auch nicht auf Top-down-Maßnahmen, um Integration in den Schulen „vorzuschreiben“, sondern wollen die Schulen ermutigen eigene Wege zu gehen.

Wir fordern, dass die Schulen in eigenen Integrationsplänen selbstständig Maßnahmen definieren, um das Ziel einer gelungenen Integration aller Schüler:innen in das Schulleben zu erreichen. Dabei sollen Expert:innen des Bildungsministeriums unterstützen und evaluieren. Es ist hierbei elementar, dass die Direktionen und SGA-Mitglieder über ausreichend Kompetenz beim Thema Integration verfügen, dies soll unter anderem durch Schulungen erreicht werden.

Wir fordern, dass Schulen bei der Kooperation mit Fremdsprachenunterricht unterstützt werden, um so das Fremdsprachenangebot zu erweitern. So kann das Verständnis für verschiedene Kulturen erweitert werden. Dabei soll der Ausbau von Sprachen forciert werden, die schon von Teilen der Bevölkerung als Muttersprache beherrscht werden, wie beispielsweise Arabisch oder BKS (Bosnisch-Kroatisch-Serbisch), um ein einfacheres Zusammenleben zu ermöglichen.

Wir fordern, dass vermehrt Content and Language Integrated Learning (CLIL) an Österreichs Schulen angeboten wird. CLIL ist eine pädagogische Methode, bei welcher Fachwissen in verschiedenen Fächern in einer Fremdsprache vermittelt wird. So wird sprachliche Kompetenz gefördert und Schüler:innen haben die Möglichkeit, in der Theorie Gelerntes in der Praxis anzuwenden.

Wir fordern statt pauschalisierenden Deutschförderklassen individuelle Deutschförderung. In diesem Zusammenhang fordern wir ein Stufenmodell, damit die Deutschförderung an das individuelle Deutschniveau angepasst werden kann. In diesem Zusammenhang sprechen wir uns gegen eine Deutschpflicht am Pausenhof aus.

Wir fordern, dass Lehrkräfte gezielt zum Thema Integration in der Schule ausgebildet werden. Darüber hinaus braucht es eine Kampagne, die darauf abzielt, mehr kulturelle, sprachliche, soziale und geschlechtliche Diversität ins Lehrpersonal zu bringen.

Sollten Schüler:innen bereits menschenfeindliches Gedankengut haben und dies propagieren, braucht es härtere Konsequenzen. Wir JUNOS Schüler:innen sind überzeugt davon, Intoleranz niemals mit Toleranz begegnen zu dürfen.

Wir fordern härtere Konsequenzen für Schüler:innen, die antisemitisches, homophobes oder anderes extremistisches Gedankengut an den Tag legen. Bei wiederholten Vergehen sind Workshops anzuordnen und die Kosten dieser von der:m Schüler:in bzw. den Erziehungsberechtigten zu tragen.

Wir fordern, dass in der Schule über die Strafmündigkeit aufgeklärt wird, als auch Informationen über die Rechtslage ad Diskriminierung vermittelt werden.

Der Religionsunterricht kann unheimlichen Schaden anrichten, wenn Lehrpersonen unkontrolliert demokratiefeindliches und ausgrenzendes Gedankengut propagieren. Aufgrund dessen sehen wir eine Abschaffung des Religionsunterrichtes bis zum 14. Lebensjahr als nötig, kurzfristig braucht es hier aber stärkere und vor allem funktionierende Kontrolle.

Wir fordern eine echte Überwachung des Religionsunterrichts von einer unabhängigen Stelle, statt von den Glaubensgemeinschaften selbst, damit Radikalisierung nicht im Klassenzimmer stattfinden kann.

Um den immer größer werdenden Herausforderungen beim Thema der Integration gerecht zu werden, braucht es ein klares Aufzeigen von Grenzen sowie funktionierende Integration vor allem im Zusammenhang mit der Religion. Für uns ist klar, dass die Religionsfreiheit zu gelten hat. Für uns ist aber auch klar, dass die Religionsfreiheit niemals Diskriminierung, gewalttätiges Verhalten und ähnliche menschenfeindliche Aktionen rechtfertigt. Immer mehr sogenannte "Online-Prediger" erklären Jugendlichen Religion und stiften sie zu Homophobie und Frauenverachtung an. Hier braucht es starke Medienkunde. Weiters stehen wir JUNOS Schüler:innen zu unserer liberalen und demokratischen Gesellschaft. Um Demokratiefeindlichkeit zuvorzukommen und um in

Härtefällen eingreifen zu können, braucht es ernstzunehmende Demokratiebildung sowie politische Bildung für alle in der Schule.

Wir fordern ein Fach, in dem echte Demokratiebildung und politische Bildung unterrichtet wird.

## **Förderung für jede:n**

In diesem Jahrhundert kann es nicht sein, dass Schüler:innen mit Behinderung unzureichend individuell gefördert werden. Es braucht hier größtmögliche Freiheit durch Inklusion, statt Separation.

Wir fordern, dass mit künftigen Um- und Neubauten Schulen barrierefrei gemacht werden und Schulen, die gerade nicht barrierefrei sind, oder nicht über die technische Infrastruktur verfügen, vom Bildungsministerium angeregt und gefördert werden, dies zu ändern.

Wir fordern, dass Österreich seiner Verpflichtung im Rahmen der UN-Menschenrechtskonvention nachkommt, und Sonderschulen für alle Schüler:innen öffnet, sodass es langfristig keine Sonderschulen mehr gibt bzw. jede Schule eine inklusive Schule, die jede:r besuchen kann, wird.

Wir fordern die Einführung eines Inklusionsbonus im Rahmen der Bildungsschecks. Expert:innen sollen hierbei die Höhe der Boni auf Basis von verschiedenen Faktoren (z.B. Grad der Behinderung, etc.) festlegen.

Wir fordern, dass allen Lehrkräften während des Lehramtsstudiums die Grundlagen der inklusiven Pädagogik vermittelt werden.

Wir fordern, dass es genügend Weiterbildungen zu inklusivem Unterricht gibt, damit auch für schon länger unterrichtende Lehrkräfte Inklusion zur Normalität wird und sie auf alle ihre Schüler:innen angemessen eingehen können.

Wir fordern, das Recht auf ein 11. und 12. Schuljahr für Jugendliche mit Behinderung. Es kann nicht sein, dass Schüler:innen mit Behinderung dafür immer noch eine Sondergenehmigung brauchen.

Wir fordern, dass bereits in der Volksschule Workshops, bestenfalls von externen Personen, stattfinden, um den Schüler:innen den Umgang mit dem Thema Behinderung zu lehren.

## Mündigkeit

Schule ist kein Selbstzweck, sondern soll Schüler:innen auf ein selbstbestimmtes und mündiges Leben vorbereiten. Es braucht also eine Schule der Mündigkeit. Dieser Aufgabe wird Schule derzeit nicht gerecht, deshalb braucht es mutige Forderungen, damit Schule die Schüler:innen auf ein selbstbestimmtes Leben vorbereitet.

## *Zentrale Mittlere Reife als Startschuss in ein mündiges Leben*

Statt Schüler:innen in der Schule nur die Zeit absitzen zu lassen, wollen wir sicherstellen, dass alle am Ende der Schulpflicht die nötigen Fähigkeiten haben, um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Dieser Prozess soll keine Qual sein, sondern eine stetige Lernkurve beinhalten. Am Ende der Schulpflicht sollen Fähigkeiten zählen und nicht abgessene Jahre. Das oberste Ziel ist stets, mehr Freiheit im Leben zu ermöglichen und nicht, diese einzuschränken.

Wir fordern die Einführung der Zentralen Mittleren Reife am Ende der Sekundarstufe I. Diese soll Grundkompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen abprüfen.

Wir fordern, dass die Sekundarstufe I um ein weiteres Schuljahr verlängert wird, zu Lasten der Sekundarstufe II, um sie an die Schulpflicht anzupassen.

Wir fordern, dass die Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr an das Erwerben der Zentralen Mittleren Reife gekoppelt wird. Dabei soll es pro Schuljahr zwei Antrittsversuche geben.

## **Matura**

Die Matura wird oft als Schlüssel zum Leben in Freiheit gesehen. Dazu gehört aber, dass diese zentralisierter wird und aufgewertet wird.

Wir fordern eine wirklich zentrale Matura. Die Korrektur hat von einer Lehrkraft einer anderen Schule vorgenommen zu werden, und die Arbeiten müssen anonymisiert werden. Die Matura soll auch die erbrachten Leistungen der Oberstufe berücksichtigen. Allen Schüler:innen sollen hierbei auch alle zugelassenen Hilfsmittel zur Verfügung stehen.

## **Politische Mündigkeit**

Demokratie muss man lernen. Und viel zu viele sind dabei heutzutage auf sich allein gestellt. Nur in einer Gesellschaft, in der man von klein auf Demokratie lernt, versteht, wie sie funktioniert und ihre Prinzipien verinnerlicht, ist diese wirklich sicher. Dazu gehört auch zu lernen, wie man Quellen bzw. Medien analysiert und kritisch hinterfragt. Um Demokratie und deren Institutionen zu verstehen, reicht es aber nicht nur darüber zu lernen, sondern man muss sie auch erleben. Dazu gehört genauso die eigene Vertretung, über die man in der Schule lernen sollte. Die Schüler:innenvertretung ist ein Recht, über das aufgeklärt werden muss.

Wir fordern eine echte politische Bildung, die sich viel vertiefender mit unserer Demokratie befasst, ab der 7. Schulstufe, damit auch wirklich jede:r von ihr profitieren kann.

Wir fordern im Unterricht einen Fokus auf Institutionen-, Demokratie- und Medienkunde, um die Bürger:innen von morgen demokratiepolitisch zu bilden.

Wir fordern, dass jede:r Schüler:in mindestens einmal während der Sekundarstufe I nach Wien und während der Sekundarstufe II nach Brüssel reisen soll, um unsere demokratischen Institutionen hautnah zu erleben. Für einkommensschwache Familien soll diese Reise finanziell unterstützt werden.

Wir fordern eine im Unterrichtsplan verankerte Aufklärung über die überschulische Vertretung LSV und BSV sowie die innerschulische Vertretung.

Wir fordern, dass im Unterricht vermehrt Rechte unserer demokratischen und rechtsstaatlichen Gesellschaft gelehrt werden.

Wir fordern, dass Podiumsdiskussionen mit verschiedenen demokratiepolitisch relevanten Teilnehmer:innen von Direktionen, Lehrkräften sowie der LSV gefördert werden, um ihnen die Wichtigkeit von Demokratie und einem aktiven politischen Diskurs nachvollziehbarer und begreiflicher zu machen.

Wir fordern, dass im Geschichtsunterricht über aktuelle Beispiele zu historischen Gegebenheiten diskutiert wird. Dies soll ein tatsächliches Verständnis und politisches sowie geschichtliches Interesse fördern.

Weiters fordern wir, dass besonders bei passenden Themen (besonders NS-Zeit, ...) Zeitzeug:innen eingeladen werden, welche die Inhalte dann persönlich und emotional vermitteln können. Sollten Zeitzeug:innen altersbedingt nicht mehr persönlich anwesend sein können, sollten ihre Stimmen und Erfahrungen durch Aufnahmen früherer Gespräche bewahrt und zugänglich gemacht werden.

## **Wirtschaftliche Mündigkeit**

Im Moment ist es leider so, dass die wirtschaftliche Bildung der Schüler:innen von Schule zu Schule sehr unterschiedlich ist. Bei der großen Mehrheit der Schüler:innen kommt Wirtschafts- und Finanzbildung weiterhin zu kurz. Wir sind der festen Überzeugung, dass am Ende der

Schulzeit alle Schüler:innen ein grundlegendes Verständnis für wirtschaftliche Fragen haben müssen, um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Damit Schule diesem Ziel gerecht werden kann, muss einerseits der Rahmen dafür geschaffen und andererseits die Methoden verändert werden.

Wir fordern, dass das Fach "Geographie und wirtschaftliche Bildung" in der Unterstufe deutlich mehr wirtschaftliche Themen als bisher behandelt.

Wir fordern, dass in der Sekundarstufe II unabhängig von "Geographie und wirtschaftliche Bildung" das Fach "Wirtschafts- und Finanzbildung" eingeführt wird, sofern spezifische Fächer dieser Art noch nicht vorhanden sind. Dabei soll auch der Rahmen geschaffen werden, tagesaktuelle wirtschaftliche Themen zu behandeln.

Um Gelerntes anzuwenden, fordern wir die Möglichkeit an einem längerfristigen klassen- oder schulinternen Börsenspiel teilzunehmen, um das Gelernte risikofrei in der Praxis umzusetzen.

## **Religiöse Mündigkeit**

Wir sind der festen Überzeugung, dass Religionen eine reine Privatsache sind. Umso mehr ist es für uns unerträglich zu sehen, wie die Schule als Projektionsfläche für Religionen aller Art genutzt wird. Für uns kann eine Schule nur dann eine echte Bürger:innenschule sein, wenn alle Religionen gleichberechtigt sind. Das Öffentlichkeitsrecht, die Anerkennung der Schule durch die Republik, geht auch mit personeller und finanzieller Unterstützung einher. Wir sind klar der Meinung, dass dieses Recht nur an jene vergeben werden soll, die ein religiös neutrales Schulumfeld sicherstellen können. Dabei ist dennoch zu beachten, dass für konfessionelle Privatschulen Sonderregelungen gelten sollten, da Schüler:innen sich dort bewusst dazu entscheiden in eine konfessionelle Schule zu gehen. Auch wenn wir gegen Privilegien einzelner Religionen sind, ist die Auseinandersetzung mit Religionen ein Schlüssel zu einem besseren Verständnis unserer Kultur und Geschichte und sollte daher weiterhin ihren Platz in der Schule haben.

Wir fordern eine Koppelung des Öffentlichkeitsrechts an eine Abschaffung religiöser Symbole am Schulgelände. Davon sind konfessionelle Privatschulen ausgenommen.

Wir fordern einen verpflichtenden Ethikunterricht an allen Schulen mit Öffentlichkeitsrecht für alle Schüler:innen bis zum Erreichen der religiösen Mündigkeit (also mit 14 Jahren). In ihm sollen die Konzepte, die Auswirkungen und die Geschichte von allen Weltreligionen mit einem vergleichenden und nicht wertenden Ansatz behandelt werden. Danach soll Religion als freiwillige Alternative zu Ethik angeboten werden.

Wir fordern, dass die Teilnahme an religiösen Festen in Schulen ausschließlich auf freiwilliger Basis (Opt-In) erfolgt. Die Vorbereitung von religiösen Festen soll in der Schulzeit nicht mehr gestattet sein.

An konfessionellen Privatschulen kann schulautonom entschieden werden zusätzlich verpflichtenden Religionsunterricht anzubieten. Für uns ist klar, dass Schüler:innen die Freiheit haben sollten ihre Religion ausleben zu dürfen.

## **Digitale Mündigkeit**

Wir können nicht unsere Augen vor neuen Technologien verschließen. Wir können nicht einfach weitermachen wie bisher und dasselbe wie vor 50 Jahren in den Schulen lehren. Die KI-Branche entwickelt sich schon längst immer weiter, doch gerade jetzt erlebt ihre Präsenz einen Aufschwung durch künstliche Intelligenzen wie ChatGPT. Auch vor der Schule machen solche technologischen Entwicklungen keinen Halt. Wir können nicht so tun, als ob sich nichts verändert. Um die digitale Wende in der Schule zu schaffen, muss man an verschiedenen Schrauben drehen.

Wir fordern, dass das Bildungsministerium Fort- und Weiterbildungen im Bereich KI und Digitalisierung für Lehrkräfte anbietet. Diese Fort- und Weiterbildungen sollen mit Anreizsystemen niederschwellig in den Alltag der Lehrkräfte integriert werden.

Wir fordern eine Ausweitung des Fachs “Digitale Grundbildung” auf 2 Wochenstunden. In diesem Fach soll auch Medienkompetenz unterrichtet werden.

Wir fordern die Ausweitung des Informatikunterrichts auf 2 Wochenstunden pro Oberstufenjahr in der AHS. Dadurch sollen Schüler:innen die Möglichkeit bekommen, in Informatik zu maturieren.

Wir fordern mehr Kooperationen mit Unternehmen aus der Branche in Form von Workshops, damit die Schüler:innen einen praxisnahen Einblick bekommen.

Wir fordern, dass in der Schule verstärkt Medienkompetenzen unterrichtet werden. Dazu gehört die richtige Nutzung von künstlichen Intelligenzen wie auch das Erkennen von Cybermobbing und Deepfakes zur Verbreitung von Falschinformationen. Dafür braucht es auch ein Grundverständnis dafür, wie Informationen mit künstlicher Intelligenz generiert werden.

## **Sexuelle Mündigkeit**

Sexualität ist Teil unseres Lebens. Und auf genau dieses Leben sollte die Schule vorbereiten. Umso wichtiger ist hier eine gute Sexualkunde, um das Tabu in der Gesellschaft zu brechen. Dabei soll die Schule auf ein freies und selbstbestimmtes Leben vorbereiten, welches nicht von außen negativ beeinflusst wird.

Wir fordern, dass das Curriculum für Sexualkunde Diversität lebt. Dabei sollte sowohl über Geschlechtsidentitäten als auch Stereotype und Sexualitäten gesprochen werden. Die Aufklärung über Abtreibung, Schwangerschaftsverlust, sexuelle Gewalt, Sexismus, Fetische, Pädophilie und Pornographie sollte dabei ebenfalls Thema sein.

Wir fordern ein sexualpädagogisches Konzept zur Umsetzung des vorgegebenen Curriculums, das von jeder Schule individuell bearbeitet werden kann. Dabei soll auf den Ausgleich von internen als auch externen Expert:innen geachtet werden.

Wir fordern, dass das Bildungsministerium mit einer Expert:innenkommission drei Curricula, also Primarstufe, Sekundarstufe I und II, ausarbeitet. Dabei ist es wichtig, dass der Lehrplan einsehbar ist, aber Erziehungsberechtigte nicht spezifisch über den inhaltlichen Ablauf des Unterrichts informiert werden.

Wir fordern, dass bei Fehlverhalten von internen sowie externen Personen disziplinarische Maßnahmen angewandt werden.

Wir fordern, dass an jeder Schule die Rolle der Vertrauenspersonen, die unterschiedliche Geschlechter haben, umgesetzt wird.

## **Mündige Drogenaufklärung**

Um Schüler:innen auch in Sachen legaler und illegaler Drogen zu wirklich mündigen und selbstbestimmten Bürger:innen zu machen, braucht es echte Aufklärung. Wir wollen Schüler:innen das Wissen mitgeben, um verantwortungsbewusste Entscheidungen für sich selbst zu treffen. Um das zu erreichen, fordern wir mehrere Ansätze.

Wir fordern pro Schule eine Ansprechperson, die eine spezifische Ausbildung im Bereich Drogenaufklärung hat.

Wir fordern schulinterne Drogenaufklärungskonzepte. Dabei sollen sich Schulen vom Bildungsministerium inspirieren lassen. Das Konzept soll an die Schulstufe angepasst sein und ab der siebten Schulstufe starten. Auf Basis dieser Konzepte sollen Schulen Förderungen für Workshops mit externen Expert:innen bekommen.

## **Mündigkeit durch praxisnahen Unterricht**

Um Schüler:innen zu mündigen, handlungsfähigen Persönlichkeiten auszubilden, fordern wir eine noch stärkere Ausrichtung des Unterrichts an der Arbeitswelt. Durch mehr Praxisnähe profitieren die Schüler:innen von einer besseren Vorbereitung auf den Beruf und einer stärkeren Zukunftsorientierung.

Wir fordern einen weitaus stärkeren Fokus auf Kooperationen mit Betrieben, beispielsweise durch gezielte Workshops, praxisnahe Projekte und tiefere Praxiseinblicke.

Wir fordern den vermehrten Einsatz von Projektarbeiten und alternativen Bewertungsmodellen anstatt rein klassischer Prüfungen, bei denen Schüler:innen ihr Wissen konkret anwenden müssen.

Wir fordern die gezielte Förderung von Kursen mit anerkannten Zertifikaten, die den Schüler:innen in der Arbeitswelt echte Vorteile verschaffen.

## Demokratie und Transparenz

Schüler:innen sind mündige Bürger:innen, die ein Recht auf Wissen und Mitbestimmung haben. Demokratie und Transparenz dienen daher als Basis für eine Schule, die auf ein Leben in Freiheit vorbereitet. Eine Schule von morgen bietet Mitbestimmung und Transparenz auf allen Ebenen.

### *Allgemeines Wahlrecht für die Landesschüler:innenvertretungswahlen*

Mit der Schüler:innenvertretung verfügt Österreich über ein grundsätzlich einzigartiges und großartiges System der Mitbestimmung. Doch in der Praxis bleibt dieses System oft intransparent, unfair und undemokratisch. Damit geht eine große Chance verloren: die Chance, jungen Menschen eine wirklich starke und legitimierte Stimme zu geben. Wenn Demokratie in der Schule spürbar werden soll, braucht es echte Beteiligung und damit echte Demokratie für alle Schüler:innen.

Wir fordern eine Ausweitung des LSV-Wahlrechts auf alle Schüler:innen ab der 9. Schulstufe. Die LSV-Mandate sollten proportional verteilt werden, um eine möglichst breite Repräsentanz der Meinungen innerhalb unserer gesetzlichen Vertretung zu gewährleisten.

Wir fordern die Schaffung der Möglichkeit zur digitalen Stimmabgabe bei allen LSV-Wahlen. Die Stimmberechtigung soll via ID-Austria sichergestellt werden. Die digitale Stimmabgabe soll für 24 Stunden vor dem Ende der physischen Stimmabgabe möglich sein.

Damit der Fokus mehr auf Inhalten und nicht auf Freundschaften liegt, braucht es eine echte Listenwahl. Damit schaffen wir nichts Neues, sondern schreiben gelebte Praxis fest.

Wir fordern, dass die Wahl als Listenwahl erfolgt. Jede:r aktive Schüler:innenvertreter:in kann eine Liste mit Kandidat:innen bei der Wahlkommission der Bildungsdirektion einreichen. Alle Kandidat:innen müssen ihre Kandidatur schriftlich bestätigen, aktives Mitglied einer Schüler:innenvertretung sein und dürfen nur für eine Liste kandidieren. Jede:r Schüler:in hat eine Stimme für eine Liste.

Bis die Direktwahl der Landesschüler:innenvertretungen Realität wird, wird wohl noch einige Zeit vergehen. In der Zwischenzeit braucht es aber noch kleinere Verbesserungen am aktuellen Wahlrecht, um bisherige Gesetzeslücken auszubessern.

Wir fordern, dass die Funktionsperiode für Schüler:innenvertreter:innen im Maturajahrgang auf das gesamte Schuljahr ausgeweitet wird.

Wir fordern, dass passive Schüler:innenvertreter:innen bei Ausscheiden von aktiven Schüler:innenvertreter:innen aus dem Amt der Reihenfolge ihrer Wahlpunkte nach in die aktive Schüler:innenvertretung aufrücken.

## **Aufwertung des Ö-SiP**

Die Bundesschüler:innenvertretung ist das mächtigste Vertretungsgremium, aber zugleich am weitesten vom einzelnen Schüler:in entfernt. Es ist also gerade bei ihr extrem wichtig, dass wir eine echte demokratische Legitimation sicherstellen. Schüler:innen können neben der Schule aber nicht bundesweit Wahlkampf machen.

Wir fordern eine Wahl der Bundesschüler:innenvertretung durch die im Ö-SiP versammelten Mitglieder der LSVen. Ihr Mandat endet automatisch mit der Konstituierung eines neuen Ö-SiPs. Ebenso kann das Ö-SiP jederzeit Mitglieder der BSV ersetzen.

Um die Basis für die Arbeit der bundesweiten Schüler:innenvertretung zu schaffen, fordern wir, dass das Ö-SiP mindestens zweimal pro Schuljahr tagt. Die konstituierende Sitzung findet in der ersten Schulwoche des Jahres statt.

## **Schulinterne Schüler:innenbeteiligung**

Mitbestimmung muss in der Schule selbst beginnen. Um Demokratie und Mitgestaltung bereits früh und im kleinen Rahmen leben zu können, braucht es die entsprechende Unterstützung.

Wir fordern daher eine flächendeckende Umsetzung von schulinternen Schüler:innenparlamenten. Dafür müssen lokale Schüler:innenvertretungen die nötige Unterstützung seitens der Landesschüler:innenvertretungen und der Direktion erhalten.

## **Kontrolle in die Schüler:innenpolitik**

Macht ohne Kontrolle führt zu Machtmissbrauch. Während wir dankbar für jede Person sind, die sich ehrenamtlich engagiert, gilt dies nicht als Freibrief, sich nicht an die Regeln und die demokratische Grundstruktur die sich im Rahmen der Geschäftsordnungen ausgemacht wurden. Daher wollen wir die Einhaltung dieser fördern, sowie ein Anfragerecht an die überschulischen Vertretungen verankern.

Wir fordern die Einrichtung eines von unabhängigen, mit der Materie der überschulischen Vertretungen vertrauten juristisch bewandten Experten, besetztes Gremium, welches bei groben Verstößen gegen die Geschäftsordnungen nach SchVG §36 Sanktionen gegen einzelne Mitglieder dieser Vertretungen aussprechen kann.

Wir fordern ein umfassendes Anfragerecht an die LSV für jedes SiP. Das Ö-SiP soll ebenfalls über ein solches bei der BSV verfügen.

## **Schulvergleiche ermöglichen**

Theoretisch gibt es eine ganz einfache Art Schulen zu vergleichen: Anhand der Ergebnisse, die sie liefern. Doch es kann nicht sein, dass nur Gerüchte über den Ruf einer Schule entscheiden. Hier müssen endlich belastbare Zahlen her, um den Schüler:innen und Erziehungsberechtigte bei der Schulwahl zu helfen. Zusätzlich ermöglicht ein transparenter Index den zuständigen Stellen, Schulen sowohl personell als auch finanziell gezielt zu unterstützen.

Wir fordern also eine jährliche Publizierung der erzielten Ergebnisse bei Reifeprüfungen jeder Schule Österreichs. Zusätzlich soll auch der Erfolg am Arbeitsmarkt getrackt und diese Daten anonymisiert öffentlich zugänglich gemacht werden.

## **Anonymisiertes Lehrer:innenfeedback**

„Um Kritik zu vermeiden, sage nichts, tue nicht, sei niemand“, sagte bereits Aristoteles. Ein:e Lehrer:in ist aber nicht niemand. Eine Lehrperson nimmt eine der wichtigsten Rollen in unserer Gesellschaft ein und sollte sich durchgehend weiterentwickeln. Tut sie dies bewusst nicht, muss das Konsequenzen haben.

Wir fordern also, dass jede:r Schüler:in am Ende eines Semesters die Möglichkeit hat, die Lehrpersonen anhand eines anonymen Feedbacks zu bewerten. Die daraus entstehenden Statistiken aller Lehrer:innen soll vom SGA begutachtet werden und sowohl klar erkennbare negative Tendenzen als auch bestehende negative Ergebnisse im Feedback einer Lehrperson behandelt und besprochen werden.

Wir fordern klare Konsequenzen bei negativem Feedback. Bei erstmaligen schlechten Feedbackergebnissen soll die Lehrperson darauf hingewiesen und die Elternvertreter:innen verständigt werden. Bei bestehenden negativen Tendenzen soll die betroffene Lehrperson zu einer Fortbildung aufgefordert werden. Insofern es den Wunsch seitens der Elternvertreter:innen gibt, soll in Extremfällen die Lehrperson auch einer anderen Klasse zugewiesen werden können.

## **Transparente Leistungsbeurteilung**

Für uns ist klar: Wer bewertet wird, soll auch wissen, wie diese Bewertung zustande kommt. Derzeit finden sich Schüler:innen jedoch in der Situation wieder, dass sie am Ende des Schuljahres eine Note im Zeugnis sehen, aber oft nicht nachvollziehbar ist, wie diese zustande kommt. Zusätzlich wäre es unglaublich sinnvoll, wenn Schüler:innen laufend Feedback erhalten, um sich auch während dem Schuljahr verbessern zu können. Gerade digitale Lernsysteme und künstliche Intelligenz bieten hier viele Möglichkeiten, um Lehrer:innen bei dieser Arbeit zu entlasten.

Wir fordern die Beibehaltung von Ziffernnoten als transparente und vergleichbare Form der Leistungsbewertung. Diese sollen durch digitale Lernfortschrittsberichte, die individuelle Entwicklung und Kompetenzen sichtbar machen, ergänzt werden.

Wir fordern die Einführung von Leistungstrackern und Feedbacksystemen, die Eigenverantwortung und Motivation stärken.

## **Gläsernes Budget**

Die Direktion entscheidet an allen Schulen über das Budget und ist nicht verpflichtet, anderen Personen Einsicht zu gewähren. Alle Schüler:innen und Lehrer:innen sollten das Recht haben, zu sehen, wohin das Geld der Schule fließt. Diese Budgetoffenheit sollte aber nicht nur in Schulen, sondern auch in der überschulischen Vertretung bestehen, deshalb fordern wir zusätzlich eine Budgetoffenlegung der BSV.

Wir fordern, dass es allen Schüler:innen das ganze Jahr über möglich ist, das Schulbudget einzusehen und nachzuverfolgen, wo und wie viel investiert wurde. Das Budget soll online ersichtlich sein und bei expliziter Nachfrage mit Belegen nachweisbar sein.

Wir fordern, dass die Bundesschüler:innenvertretung ihre Einnahmen und Ausgaben auf ihrer Website offenlegt.